

W-01-363 Recht auf Wohnen

Antragsteller*in: Philipp Bruck (KV Bremen-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu W-01

Von Zeile 362 bis 363 einfügen:

das Einkommen verfügen, um die Miete zahlen zu können. Zusätzlich wollen wir den Umzug in solchen Fällen finanziell fördern.

Mit einem Programm für flächensparendes Wohnen fördern wir Umzüge, Umbauten und Wohnungstausch durch Information, Beratung und Zuschüsse. So werden beispielsweise Eltern unterstützt, die ihre Wohnung nach dem Auszug ihrer Kinder mit einer jungen Familie tauschen wollen, oder die ihre Wohnung so umbauen wollen, dass die alten Kinderzimmer als eigene Wohnung vermietet werden können. Wir richten eine zentrale, öffentliche Plattform für Wohnungstausch ein, in die neben den Beständen der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auch private Vermieter*innen einbezogen werden sollen.

Kommunen und Baubranche für mehr Wohnungsneubau stärken

Begründung

In Zeiten des Klimawandels und begrenzter Ressourcen kann die Lösung für den Wohnungsmarkt nicht in immer mehr Neubauten liegen. Jeder Neubau verursacht Treibhausgasemissionen. Die Effizienzgewinne durch energetische Modernisierungen wurden in den letzten Jahrzehnten fast vollständig durch die Zunahme der Wohnfläche pro Kopf aufgezehrt, sodass der Energieverbrauch real kaum gesunken ist. Und das trotz Dämmung, effizienterer Heizkessel und dreifachverglaster Fenster. Das darf so zukünftig nicht weitergehen.

Es gibt in der Tat zu wenig verfügbaren, bezahlbaren Wohnraum. Gleichzeitig gibt es aber auch etliche Menschen, die nach dem Auszug ihrer Kinder, dem Tod der Partner*in oder aus anderen Gründen in überdurchschnittlich großen Wohnungen leben. Viele dieser Menschen würden gerne in kleineren Wohnungen leben, die auch einfacher zu unterhalten sind. So würde Wohnraum frei – ohne dass neu gebaut werden muss.

Das Umweltbundesamt kam kürzlich zum Schluss: "Die stetig steigende Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland hat, neben den Auswirkungen auf wachsenden Flächen- und Ressourcenverbrauch, Wohnraummangel und das soziale Miteinander, durch einen damit einhergehenden steigenden Energieverbrauch und steigende Emissionen direkte negative Effekte für den Klimaschutz. [...] Das Treibhausgasreduzierungspotenzial einer Reduktion der Pro-Kopf-Wohnfläche ist enorm. [...] Aus Sicht des UBA sollten alle gesellschaftlichen Gruppen, die über große Wohnflächen verfügen, zu Einsparungen motiviert werden."

Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/flaechensparend-wohnen>

Ansätze für flächensparendes Wohnen gibt es reichlich. Die Änderungsanträge beschränken sich auf positive Anreize und Angebote:

- Beratung zu Wohnungstausch, Umzugs- und Umbaumöglichkeiten
- Förderprogramme, die Umzüge und Umbauten von Wohnungen mit dem Ziel einer kleineren Wohnfläche erleichtern
- Rechtliche Verbesserungen, die Wohnungstausch ohne mit Neuverträgen verbundene Mieterhöhungen erlauben
- Eine öffentliche Plattform für Wohnungstausch, in die neben den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auch die Bestände privater Vermieter*innen einbezogen werden sollen.

weitere Antragsteller*innen

Christopher Hupe (KV Bremen-Nordost); Wilko Zicht (Bremen-Ost KV); Simon Malte Metzger (KV Bremen LdW); Anne Schierenbeck (KV Bremen-Nordost); Marc Kersten (KV Köln); Karolina Ziehm (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); David Höffer (KV Bremen-Nordost); Friederike Gravenhorst (KV Bremen-Nordost); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Heidi Tilliger (KV Bremen-Mitte); Marten Urban (KV Bremen-Nordost); Ralph Saxe (KV Bremen-Nordost); Jens Hirschberg (KV Bremen-Kreisfrei); Ulf Jacob (KV Bremen-Kreisfrei); Kathrin Henneberger (KV Köln); Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Arne Brach (KV München); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.